

Unserer Regierung gelang es nach Ausbruch der schweren Krise, die drohende Kernschmelze der Banken zu verhindern, den Finanzmarkt zu stabilisieren und den Absturz der Wirtschaft abzufangen. Doch die Krise, die „Große Rezession“, ist noch längst nicht überwunden. Eine leichte Erholung vom stark gesunkenen Niveau ist noch kein anhaltender Aufschwung. Bis wir zumindest wieder das wirtschaftliche Niveau vor der Krise erreicht haben werden, wird es einige Jahre dauern, wobei die Gefahr eines Rückfalls in eine Rezession nicht übersehen werden darf.

Daher ist weiterhin erforderlich, mit aller Kraft gegen die Krise und ihre Folgen, vor allem gegen die hohe Arbeitslosigkeit und die durch die Krise besonders deutlich gewordenen Strukturschwächen anzukämpfen. Gleichzeitig stehen wir vor der unabdingbaren Notwendigkeit, die Staatsfinanzen wieder auf soliden Kurs zu bringen.

Die quantifizierbaren Folgen der Krise sprechen eine deutliche Sprache: Der erlittene Wohlstandsverlust wird rund zehn Prozent ausmachen. Inzwischen sind mehr als 400.000 Menschen arbeitslos, die offizielle Arbeitslosenrate ist auf fast neun Prozent angestiegen. Besonders hart wurde die Industrie von der Krise getroffen. Der Einbruch der Exporte um 20 Prozent hat die Industrieproduktion auf das Niveau der 90er-Jahre abstürzen lassen. Dabei sind wertvolle 60.000 Industriearbeitsplätze und 15 Prozent unserer industriellen Arbeitsplätze verloren gegangen.

Der schon vor Ausbruch der Krise für oft falsche Zwecke aufgetürmte öffentliche Schuldenberg ist durch die Maßnahmen der Finanzmarktstabilisierung und Konjunkturstimulierung nochmals deutlich angestiegen.

In den nächsten Jahren werden wir daher unsere Staatsfinanzen durch ein schwieriges Fahrwasser zwischen Skylla und Charybdis steuern müssen. Die budgetpolitische Herausforderung gleicht einem Hochseilakt. Die Bewältigung dieser höchst schwierigen Kurssteuerung

wird nur dann gelingen, wenn im Interesse solider Staatsfinanzen einige Jahre lang eine in sich schlüssige Politik der Budgetkonsolidierung verfolgt und gleichzeitig die Zielsetzungen der Agenda 2020 umgesetzt werden. Diese setzt auf Modernisierung und wirtschaftliches Wachstum durch Wissen, Qualifikation und Innovation. Diese



Foto: zwoe

Hannes Androsch

und Investitionen niedrige Lohnstückkosten zu erreichen, um durch hohe Wertschöpfung und steigende Arbeitsproduktivität wettbewerbsfähig zu bleiben.

Kein Talent darf dafür zurückgelassen werden. Der Trend, dass junge hoch qualifizierte Leute abwandern, muss gestoppt werden. Ebenso müssen auch endlich die Voraussetzungen für die Ermöglichung einer deutlich höheren Vollzeit-Frauenenerwerbsquote geschaffen werden, wie dies etwa in Frankreich, Schweden und Finnland schon längst selbstverständlich ist. Es muss uns auch gelingen, dass wichtige öffentliche Bereiche effizienter und kostengünstiger gestaltet werden. Hier liegt ein Einsparungspotenzial brach, das vom Rechnungshof und dem Wirtschaftsforschungsinstitut mit elf Milliarden Euro beziffert wird.

Notwendiger Spagat

Zielsetzungen müssen erreicht werden, wenn wir griechische oder irische Verhältnisse vermeiden und wieder wirtschaftliche Dynamik und wachsende Beschäftigung erreichen wollen.

Dafür sind mehr Mittel für Bildung, Wissenschaft und Forschung, vor allem auch in den naturwissenschaftlichen und technischen Bereichen, notwendig. Ebenso bedarf es eines Investitionsschubs für eine leistungsstarke Infrastruktur. Wir müssen auch darauf achten, unsere industrielle Basis nicht zu verlieren. Wir haben ohnehin zu wenig industrielle Endprodukte, sind zu sehr Zulieferer und damit verlängerte Werkbank. Auch unsere Exportintensität ist geringer als die der Schweiz oder Schwedens. Unsere Exporte sind außerdem zu sehr nachbarschaftlich auf Europa ausgerichtet, d. h., unser Anteil am globalisierten Weltmarkt ist noch billig und zu wenig wertschöpfungsintensiv.

Ein hohes Lohnniveau wird in Zukunft nur dann aufrechterhalten werden können, wenn es uns gelingt, mit Innovationen

Auch der Sozialstaat, in den immerhin der Gegenwert von 30 Prozent unserer gesamten Wirtschaftsleistung fließt, muss effizienter und zielgenauer werden. Ebenso muss dem legalisierten Missbrauch von sozialstaatlichen Errungenschaften ein Riegel vorgeschoben werden. Erfreulicherweise werden die Menschen auch in unserem Land immer älter und bleiben immer häufiger bis ins hohe Alter leistungsstark und leistungsbereit. Dennoch werden Herr und Frau Österreicher immer früher in Pension geschickt. Die Erwerbsquote der 55- bis 64-Jährigen beträgt im EU-Durchschnitt 46, in Schweden über 60 Prozent, bei uns aber nur 38 Prozent. Nicht unerheblichen Anteil daran hat die in unserem Land praktizierte Politik der Beamten-Frühpensionierungen, in die viele hoch qualifizierte Leute sogar gegen ihren Wunsch geschickt wurden. Nicht zuletzt die irrwitzige Politik der Frühpensionierungen hat die Finanzierungslücke bei den Pensionen von 2,81 Milliarden Euro 2006 auf für heuer geschätzte 4,83 Milliarden Euro

ansteigen lassen. Diese Pensionslast wird sich in Zukunft noch mehr verschärfen, wenn die Babyboomer, also die geburtenstarken Jahrgänge 1945 bis 1965, in den Ruhestand treten. Hier tickt eine Zeitbombe – finanziell und für den Arbeitsmarkt.

Unser Staat muss effizienter und kostenschlanker werden. Mit der Umsetzung der dafür notwendigen Maßnahmen eröffnet sich die Chance zur Konsolidierung des öffentlichen Haushalts. Erst wenn dieser Schritt gesetzt wurde, kann allenfalls ein zweiter kleinerer in Form von Steuererhöhungen bzw. der Einführung neuer Steuern folgen. Solche müssen aber auch mit Leistungseffekten für die Schonung der Umwelt, der Einsparung von Energie oder mit gesundheitsfördernden Effekten verbunden, jedenfalls aber fiskalisch ausgiebig sein. Steuerideen, die Innovationen und Investitionen bzw. deren Finanzierung erschweren oder gar gefährden, würden die wirtschaftliche Erholung zum Nachteil der Staatsfinanzen und zu einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit beitragen.

Österreich weist schon jetzt mit 43 Prozent im internationalen Vergleich eine überdurchschnittlich hohe Steuerbelastung und eine überzogene und daher zu korrigierende Steuerprogression für Leistungsträger auf. Es ist nicht einzusehen, warum etwa die Schweiz mit einer Steuerbelastungsquote von 30 Prozent auskommt und dennoch mit einer im Vergleich zu uns weit besseren Infrastruktur, einem besseren Bildungssystem und einem leistungsstärkeren Gesundheitssektor zu überzeugen vermag.

Nur dann, wenn uns der notwendige Spagat als Hochseilakt zwischen Budgetkonsolidierung und Umsetzung der Agenda 2020 gelingt, haben wir die Chance, stark aus der Krise herauszukommen. Dieser Weg muss eingeschlagen werden, auch wenn er nicht leicht und nicht schmerzlos ist. Die Mehrheit der Bevölkerung wird aber verstehen, dass er im Interesse jedes Einzelnen notwendig ist, und ihn daher unterstützen.